

2288/J XXI.GP
Eingelangt am: 04.04.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Heinzl
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend die Schließung von Gendarmerieposten in Niederösterreich mit weniger als sechs
Beamten und Personalabbaumaßnahmen im Bereich BPD St. Pölten

Am 26. März 2001 wurde bekannt, daß aufgrund einer Ministerweisung die aktuellen
Planungen des LGK - NÖ. die Schließung aller Gendarmerieposten, die mit weniger als sechs
Beamten besetzt sind, vorsehen. Dabei herrscht bereits jetzt in vielen Bezirken ein
Personalmangel von bis zu 15 % des Personalstandes.

Darüber hinaus soll es zu organisatorischen Änderungen im Bereich des Mobilen
Einsatzkommandos der BPD St. Pölten kommen und damit ein Personalabbau verbunden
sein.

Diese Maßnahmen gefährden die bis jetzt erfolgreiche Arbeit der Sicherheitsexekutive und
gehen zu Lasten der Sicherheit der niederösterreichischen Bevölkerung.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres
nachstehende

Anfrage:

1. Welche Wachzimmer werden im Bereich der BPD St. Pölten zu welchem Zeitpunkt geschlossen?
2. Welche Gendarmerieposten werden im Bezirk St. Pölten zu welchem Zeitpunkt geschlossen?
3. Ist in Niederösterreich die Schließung von Gendarmerieposten mit weniger als sechs Beamten vorgesehen bzw. sind Postenzusammenlegungen geplant?
4. Ist im Bereich des Mobilen Einsatzkommandos bei der BPD St. Pölten eine organisatorische Veränderung bzw. eine Reduzierung des Personalstandes vorgesehen?

5. Welche Auswirkungen auf die personelle Situation der Sicherheitsexekutive in Niederösterreich ergeben sich durch die Verringerung der Budgetmittel für das Bundesministerium für Inneres?